



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Keine indirekte Impfpflicht bei der „COVID-19-Pandemie-Bekämpfung“!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen gegen eine indirekte Impfpflicht bei der Bekämpfung der „COVID-19-Pandemie“ einzusetzen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die Grundrechte von Bürgern, die sich gegen eine Impfung entscheiden, geschützt, erhalten und garantiert werden. Die Bekämpfung von COVID-19 darf auf keinem Wege schleichende, versteckte oder im schlimmsten Fall langfristige Grundrechtseinschränkungen von Menschen, die sich gegen eine Corona-Impfung entscheiden, zur Folge haben.

Begründung:

Ende 2019 begann das Coronavirus von China aus die Welt schmerzlich zu verändern und auch im Herbst/Winter 2020 raubt es den Menschen weltweit immer noch den Atem. Viele Machthaber und Regierungen nutzen in dieser Krise die Gunst der Stunde, um im Namen der Gesundheit Grundrechte wie Demonstrationsfreiheit, Reisefreiheit etc. einzuschränken oder auszuhöhlen. Ohne die umstrittene Mund-Nasen-Maske z. B. dürfen öffentliche Verkehrsmittel oder Supermärkte nicht mehr betreten werden. Noch können z. B. bestimmte Maßnahmen mit dem Verhältnismäßigkeitsprinzip (geeignet, erforderlich, angemessen) gerechtfertigt werden. Die Welt fiebert jedoch auf einen wirksamen Corona-Impfstoff hin, um die alten Freiheiten und das gewohnte Leben wieder aufnehmen zu können. Die Menschen wollen ein Leben wie vor der Coronakrise zurück und sehr viele Menschen werden sich bei einem geeigneten Impfstoff gerne impfen lassen. Was aber mit den Freigeistern tun, die aus ihrer Sicht gute Argumente gegen eine Impfung zusammengetragen haben? Eine staatliche Zwangsimpfung verbietet sich natürlich, da jeder Mensch das Recht auf körperliche Unversehrtheit besitzt. Es deutet sich schon jetzt an, dass politische Entscheider diese Impferweigerer als „Gefährder“ und potenzielle „Superspreeder“ ausmachen werden. Die Gefahr für die zukünftigen Impferweigerer besteht nun darin, dass sie bisherige Rechte einbüßen könnten. Möglicherweise werden sie ihre Berufe nicht mehr ausüben dürfen oder sie werden ihre Reisefreiheit verlieren, weil sie am Flughafen keinen Impfausweis vorzeigen können. Der Gedanke liegt nah, dass man die Impferweigerer als neues Feindbild installieren könnte, um den Massen zu zeigen, was droht (Berufsverbot, Verlust der Reisefreiheit etc.), wenn man den staatlichen Anordnungen nicht folgt. Diesem bedrohlichen Szenario kann die Staatsregierung entgegentreten, indem sie sich dafür einsetzt, dass die Grundrechte von Bürgern, die sich gegen eine Corona-Impfung entscheiden, geschützt und garantiert werden.